

NZZ am Sonntag

Flugzeugabsturz

Dem Kreml würde eine Kriegserklärung des IS passen

Die Hinweise verdichten sich: Das russische Passagierflugzeug, das vor gut einer Woche auf der Halbinsel Sinai abstürzte, wurde mit grosser Wahrscheinlichkeit von einer an Bord geschmuggelten Bombe zerrissen. Ein vielsagendes Zeichen dafür ist die Tatsache, dass Russlands Präsident Wladimir Putin nach anfänglichem Widerstand gegen diese Erklärung nun sämtliche russischen Flüge nach Ägypten verboten hat. Würde sich ein Bombenattentat vollends erhärten, wäre dies ohne Zweifel ein schwerer Schlag für das Land am Nil: Das Vertrauen der Touristen wäre zum wiederholten Mal für lange Zeit dahin. Sie würden kein Geld mehr bringen. Auch für Moskau wäre ein Terrorattentat als Absturzursache ein Rückschlag, würde man meinen. Gerade erst hatte ja Präsident Putin mit der Aufnahme von Luftangriffen den syrischen Stellvertreterkrieg aufgemischt und Russland als Grossmacht im Nahen Osten zurückgemeldet. Doch dies wäre nicht unbedingt infrage gestellt. Putin könnte sich genauso gut bestätigt fühlen. Ein Anschlag würde in seiner Sicht nur beweisen, dass seine Warnung richtig war, Terroristen des Islamischen Staates bedrohten Russland. Mit dieser Begründung dürfte der Kreml Russlands Einsatz im Nahen Osten jetzt erst recht verstärken – um so auch seinen Einfluss in Ägypten zurückzugewinnen. (vmt.)

Bilaterale Verträge

Wer zu spät kämpft, wird vom Stimmbürger bestraft

Die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative wird in der bald schon beginnenden neuen Legislatur eines der dominierenden Themen sein. Es geht um viel, sehr viel sogar: Aussenpolitisch um den weiteren Weg der Schweiz mit der EU, wirtschaftspolitisch um ein Konzept, das unserem Land bisher Wohlstand beschert hat, insgesamt um eine Ausmarchung zwischen Isolationismus und pragmatischer Öffnung. Es geht, in anderen Worten, um die bilateralen Verträge. Wirtschaft und Parteien – mit Ausnahme der SVP – sind sich im Grunde einig, dass die Schweiz an diesen festhalten muss. Doch der Elan, dafür auch zu kämpfen, hat nachgelassen, dieweil die Diskussionen um die Zuwanderung im Asylbereich Skeptikern neues Futter liefern. Wie sich jetzt zeigt, nagt der Zweifel an der Nützlichkeit der Verträge auch in der politischen Mitte; der bis vor kurzem noch breite Konsens für die Verträge ist gefährdet. Setzen Wirtschaft und Parteien nun nicht rasch zu einer kraftvollen Kampagne an, könnte die Debatte am Tag der Abstimmung über die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative bereits verloren sein. Nicht nur die Geschichte bestraft jene, die zu spät kommen. Manchmal besorgt das auch der Stimmbürger. (pho.)

Novemberwetter

Ein Sommer ohne Ende

So einen Herbst haben wir noch nie erlebt. Statt uns missgelaunt und erkältet durch den Nebel zu quälen, sitzen wir im Freien. Die Kürbissuppe geniessen wir als Kaltschale, der Mantel schlummert im Kleiderschrank. Vielleicht bleibt dieser November 2015 eine Ausnahme. Es könnte aber auch sein, dass mit ihm eine neue Ära beginnt: Das Klima erwärmt sich so hurtig, dass unsere Kinder dem Schnee nur noch in alten Filmen begegnen und dem Herbstgedicht allenfalls im Studium der Germanistik. So oder so: Wir sollten diese Tage nicht einfach vorbeistreichen lassen, sondern uns Erinnerungen schaffen. Noch einmal in den See hüpfen. In Shorts in die Oper gehen. Beim Arbeitgeber Hitzefrei einfordern. Das Wetter spielt verrückt. Eifern wir ihm nach! (pap.)

Chappatte



Der externe Standpunkt

Den Stadtrat verkleinern, statt über fehlendes Geld zu jammern

In der Stadtzürcher Exekutive sitzen neun Mitglieder – das sind zwei zu viel. Die Verkleinerung des Stadtrates gäbe den Anstoss zu einer schlankeren, aber stärkeren Verwaltung, meint Stefan Mühlemann

Als ich nach elf wunderbaren Lehr- und Wanderjahren in Süd- und Nordamerika im Dienste eines Schweizer Grosskonzerns im Jahr 2014 heimkehrte, wurden meine hohen Erwartungen trotz dem nassen Sommer übertroffen: Zürich ist eine grossartige Stadt. Und sie wird immer besser!

Die politische Diskussion in Zürich verfolgte ich aus der Ferne immer sehr nah. So erstaunte es mich auch nicht sonderlich, dass die kommunale Zürcher Budgetdebatte im Dezember 2014 einmal mehr in einem Patt mündete – mit einem klaren Verlierer: den Bewohnern der Limmatstadt.

Dass die Stadt aufgrund von Fehlbeträgen in dreistelliger Millionenhöhe Sparanstrengungen unternimmt, ist löblich. Den Rotstift mangels eines klaren übergeordneten Plans auch bei Horten, Tagesschulen, bei Deutsch als Zweitsprache und bei der Bildung als Ganzes anzusetzen, ist dagegen töricht. Die Chancengleichheit ist in unserer relativ offenen Volkswirtschaft oberstes moralisches und rationales Gebot.

Mit ihrem Milliardenbudget verfügt die Stadt zwar über ausreichende Mittel, um bestehende Leistungen, auch und gerade in der Bildung, zu halten oder im Idealfall noch auszubauen. Wie der gordische Knoten zu zerschlagen wäre, damit noch mehr Geld für Zürich zur Verfügung stünde, ist ein offenes Geheimnis: eine grundlegende Verwaltungsreform mit einer Reduktion des Stadtrates von heute neun auf neu sieben Mitglieder als erstem Schritt. Darum haben sich auch Repräsentanten aller drei grossen städtischen Parteien, der SP, der FDP und der SVP, über die Jahre engagiert und sich wiederholt für eine Reduktion der Stadtzürcher Exekutive eingesetzt – und wurden immer wieder am parteipolitischen Kalkül zerrieben. Folglich hat das breit geteilte Anliegen «Mehr Geld für Zürich: 7 statt 9 Stadträtinnen und Stadträte» als parteilose Initiative die besten Aussichten auf Erfolg. Dass ich die Initiative lanciert habe, hat aber auch mit meinem

grundlegenden liberalen Verständnis eines modernen Cityzens zu tun, der nicht bloss fordern, sondern auch dienen soll.

Ich möchte allerdings an einer Gemeinschaft mitgestalten, die sich dem Lauf der Zeit nicht verschliesst und öffentliches Verwalten als einen system- und lösungsorientierten Prozess versteht. Dieser Trend ist landesweit sichtbar: In der Schweiz hat in den letzten zehn Jahren jede sechste Gemeinde die Exekutive verkleinert. Laut Reto Steiner, Dozent am Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern, ist die Stadt Zürich mit ihren neun Exekutivmitgliedern ein Auslaufmodell, das den Koordinationsaufwand unnötig erhöht und der gemeinsamen Lösungsfindung abträglich ist. Mit weniger Stadträten kann man sich wieder vermehrt auf die grossen strategischen Fragen konzentrieren: Nebst der Bildung gehören auch ein neues Kongresszentrum und ein Fussballstadion zu den wichtigen Themen. Damit eine Verkleine-

rung der Stadtzürcher Exekutive auf sieben Stadträtinnen und Stadträte auch eine grundlegende Verwaltungsreform nach sich ziehen wird, sieht die parteilose Initiative «Mehr Geld für Zürich: 7 statt 9 Stadträtinnen und Stadträte» eine angemessene Übergangsfrist vor. Dass bei einem positiven Abstimmungsresultat das Mandat zu einer Verwaltungsreform von unserer Regierung und Verwaltung beherzt angenommen werden wird, steht ausser Zweifel. Wir dürfen unseren Vertretern und Vertreterinnen getrost vertrauen und ihnen viel zutrauen. Schliesslich hat der Zürcher Stadtrat wiederholt und unlängst bei der Präsentation des Budgets 2016 bekräftigt, seine Arbeitsweise auch künftig pragmatisch und flexibel sich ändernden Herausforderungen anzupassen.

Wo muss denn eine solche grundlegende Verwaltungsreform ansetzen, wie die Initiative sie anstrebt? Das neue kantonale Gemeindegesetz lässt eine Ausformulierung im Initiativtext nicht zu. Aber so viel vorweg: Es geht nicht nur um die üblichen Verdächtigen wie Hoch- und Tiefbaudepartement und andere Doppelspurigkeiten und Schnittstellen; es geht nicht nur um die Standardisierung von Prozessen und die verstärkte Nutzung zeitgenössischer Technologien. Die Reform soll auch zur pragmatischen Beantwortung grundsätzlicher Fragen wie Kompetenzregelung, Fristen oder der Gemeinde Zürich als Bezirk führen. Zürich braucht eine Vision, Zürich braucht ein Ziel.

Als begeisterter Marathonläufer erliege ich der Versuchung einer Analogie zu meiner Lieblingssportart: Ein unterernährter Läufer erleidet einen Hungerast, ein Übergewichtiger erreicht sein Potenzial nicht. In der Kombination von Wille und Training hat man es aber in der Hand, das anvisierte Ziel zu erreichen. In diesem Sinne ist «Mehr Geld für Zürich: 7 statt 9 Stadträtinnen und Stadträte» der Wille zum Machbaren: Mehr Geld für Zürich als Ansatz, die Zukunft unserer Stadt in die eigenen Hände zu nehmen.

Stefan Mühlemann



Stefan Mühlemann, 42, hat als Parteiloser und praktisch im Alleingang die Initiative «7 statt 9» lanciert, die den Zürcher Stadtrat verkleinern will. Nach längerer Auslands-tätigkeit für einen Schweizer Konzern lebt der Ökonom seit Sommer 2014 mit seiner Familie wieder in Zürich. Er arbeitet als Finanzchef für ein Gastrounternehmen.